

Eigenerklärung bzgl. Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz

Az.

Anlage zum Angebot „Eigenerklärung Verpflichtungsgesetz“

(vom Bieter bzw. jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft auszufüllen und unterzeichnet mit dem Angebot einzureichen)

Firmenbezeichnung:

Anschrift:

Im Falle der Auftragserteilung werden die von Ihnen für die Auftragsausführung vorgesehenen Mitarbeiter/innen durch den Bedarfsträger nach § 1 Abs. 1 des Verpflichtungsgesetzes auf die gewissenhafte Erfüllung seiner/ihrer Obliegenheiten verpflichtet. Im Rahmen der Verpflichtung wird der/die Verpflichtete darüber informiert, dass er/sie durch die Verpflichtung bei der Anwendung der folgenden Vorschriften des Strafgesetzbuches Amtsträgern gleichgestellt wird:

Korruptionsstraftaten:	
§§ 331, 332, 335, 336, 358	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit.
Geheimnisverrat/Vertraulichkeitsverletzung:	
§§ 353 b, 358	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht,
§§ 355, 358	Verletzung des Steuergeheimnisses,
§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes,
§ 203 Abs. 2, 4, 5	Verletzung von Privatgeheimnissen,
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse,
§ 97 b Abs. 2 i. V. m. §§ 94 bis 97	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses.
Sonstige Straftaten:	
§ 120 Abs. 2	Gefangenenbefreiung,
§ 133 Abs. 3	Verwahrungsbruch.

Das Dokument „Verpflichtung der Auftragnehmerseite nach dem Verpflichtungsgesetz“ liegt den Vergabeunterlagen zur Ihrer Kenntnis bei. Bitte beachten Sie, dass dem Dokument zusätzliche Anlagen (5 PDF-Dokumente) beigelegt wurden.

Zum Nachweis, dass Sie als Bieter im Falle der Auftragserteilung eine zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung ausreichende Zahl an Mitarbeiter/innen bereitstellen, die mit einer Verpflichtung im o.g. Sinne einverstanden sind, verlangt die Vergabestelle von Ihnen die nachfolgende Eigenerklärung:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir das Dokument „Verpflichtung der Auftragnehmerseite nach dem Verpflichtungsgesetz“ inkl. der zugehörigen Anlagen zur Kenntnis genommen habe(n) und im Falle der Auftragserteilung eine ausreichende Anzahl an Mitarbeiter/innen zur Verfügung stellen werde(n), die mit einer Verpflichtung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner/ihrer Obliegenheiten nach § 1 Abs. 1 VerpflG einverstanden sind.

Ort, Datum

Vor- und Nachname der zuständigen erklärenden Person